

»Legalize it!« oder: Das Scheitern des globalen Drogenkriegs

Von Christopher Gottschalk

Seit Juli wagt Uruguay ein Experiment: Der Staat steuert seither die Produktion und Abgabe von Marihuana und will so die Macht der Drogenkartelle brechen. Landesweit bieten rund 30 Apotheken neben Aspirin und Antibiotika nun auch Marihuana an – zu einem Preis von umgerechnet rund 1,30 US-Dollar pro Gramm. Der Preis liegt nicht nur unterhalb dessen, was Konsumenten bislang auf der Straße zahlen müssen; auch die Qualität der Droge soll durch den kontrollierten Anbau höher sein als auf dem Schwarzmarkt. Pro Woche darf jede Person maximal zehn Gramm Marihuana kaufen.

Als einer der ersten südamerikanischen Staaten vollzieht Uruguay damit eine Kehrtwende im nunmehr seit Jahrzehnten andauernden Antidrogenkrieg. Die meisten Länder Südamerikas führen diesen noch mit aller Härte. So entsandte der mexikanische Ex-Präsident Felipe Calderón im Jahr 2006 50 000 Soldaten, um die Drogenkartelle mit militärischer Gewalt zu schlagen. Doch diese vom derzeitigen Präsidenten Enrique Peña Nieto fortgeführte Strategie ist offensichtlich gescheitert, wie allein der große Einfluss des in Mexiko angesiedelten Sinaloa-Kartells zeigt: Es gilt als eine der mächtigsten Organisationen im Drogenhandel weltweit.

Zugleich kostete der Drogenkrieg in Mexiko in den vergangenen zehn Jahren rund 100 000 Menschen das Leben. Mehr als 25 000 Menschen gelten landesweit als verschollen. Immer wieder werden geheime Gräber gefunden, die mit unbekanntem Opfern gefüllt sind. Insbesondere Polizisten und Kommunalpolitiker, Anwälte, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten sind hochgradig gefährdet. So wurde die Bürgermeisterin der Stadt Temixco, Gisela Mota, Anfang Februar 2016 nach nur einem Tag im Amt ermordet, offenkundig, weil sie eine härtere Gangart gegen die Drogenmafia angekündigt hatte. Aber auch unbescholtene Bürgerinnen und Bürger geraten immer wieder zwischen die Fronten des Drogenkrieges. Infolgedessen ist die Lebenserwartung der Mexikaner seit 2005 insgesamt drastisch gesunken – gegen den globalen Trend.¹

Verantwortlich für die Morde sind maßgeblich das Sinaloa-Kartell und deren Hauptkonkurrent „Los Zetas“. Die „Zetas“ sind aus einer in den USA ausgebildeten Spezialeinheit des Militärs hervorgegangen, die einst selbst

1 Vgl. Irene Berres, Statistik: Drogenkrieg senkt Lebenserwartung mexikanischer Männer, www.spiegel.de, 8.1.2016.

für die Bekämpfung der Drogenorganisationen zuständig war. Gerade dieser Umstand zeigt, über welche Macht die Drogenkartelle verfügen: Aufgrund der enormen Einnahmen aus dem Drogengeschäft ist es für sie ein Leichtes, Soldaten mit der Aussicht auf ein höheres Einkommen abzuwerben.²

Längst lässt sich die Grenze zwischen „Gut“ und „Böse“ in Mexiko nicht mehr eindeutig ziehen. Auch bei Militär und Polizei sind Menschenrechtsverletzungen – von Folter über Entführungen bis Mord – an der Tagesordnung, zudem stehen auch Polizeibeamte und Politiker auf der Gehaltsliste der Drogenmafia. So sollen über 90 Prozent der bundesstaatlichen und kommunalen Polizeikräfte Bestechungsgelder annehmen.³ Und im Frühjahr dieses Jahres verhafteten die US-amerikanischen Strafverfolgungsbehörden den ehemaligen Gouverneur von Tamaulipas sowie den Generalstaatsanwalt von Nayarit; ihnen wird Korruption bzw. Drogenhandel vorgeworfen.⁴

War on Drugs

Der blutige Drogenkrieg in Mexiko zeigt aufs Neue, dass die Verbotspolitik gescheitert ist. Bereits zu Zeiten der Prohibition in den USA der 1920er Jahre wurde deutlich, dass ein Verbot den Alkoholkonsum und -handel nicht etwa eindämmt, sondern lediglich auf den Schwarzmarkt verlagert; der illegale Schmuggel von Alkohol versprach damals gewaltige Gewinne. Kriminelle wie Al Capone bauten zu dieser Zeit machtvolle Organisationen auf, die dem heutigen Sinaloa-Kartell durchaus ähnelten. Anders als heute erkannte die damalige US-Regierung jedoch, dass die Prohibition ihre Ziele verfehlte, und legalisierte den Alkohol im Jahr 1933 wieder.

Zu einer vergleichbaren Erkenntnis ist Washington im seit knapp 50 Jahren andauernden globalen „War on Drugs“ noch nicht gelangt. Seit US-Präsident Richard Nixon diesen 1972 in Anlehnung an den 1964 von Lyndon B. Johnson ausgerufenen „Krieg gegen die Armut“ („War on Poverty“) erklärte, versucht die US-Regierung – mit zahlreichen anderen Regierungen an ihrer Seite – das globale Geschäft mit den Drogen militärisch zu besiegen: Bislang jedoch hat sie damit vor allem die Gewalt verschärft. Wie der aktuelle Weltdrogenbericht der Vereinten Nationen belegt, nimmt der illegale Handel mit Opium und Kokain sogar deutlich zu. Gerade in Südamerika ist die Anbaufläche für Koka in den letzten Jahren um 30 Prozent gewachsen, und auch in Afghanistan, dem Zentrum des Opiumanbaus, wurde das Rauschgift unter Kontrolle der radikalislamischen Taliban zuletzt auf 200 000 Hektar angebaut. Nur einen winzigen Anteil davon haben die afghanischen Behörden entdeckt und zerstört. Afghanistan produzierte 2016 mit 4800 Tonnen

2 Die Mitglieder der Zetas, die auch heute noch einem streng militärischen Korpsgeist folgen, gelten als besonders brutal. Zu ihren Methoden gehören die Enthauptung von Geiseln und die öffentliche Zurschaustellung der Leichen, gefilmte Hinrichtungen, das Verbrennen der Opfer bei lebendigem Leib sowie gezielte Massaker an Zivilisten.

3 Vgl. Justice in Mexico, Monthly News Report, November 2009, S. 10.

4 Vgl. „Fugitive Mexican Ex-Governor, Wanted in U.S., Is Captured in Italy“, www.nytimes.com, 10.4.2017.

den Löwenanteil des globalen Opiums. Insgesamt hat die Prohibition den Opiummarkt nicht verkleinert. Im Gegenteil ist die globale Produktionsmenge von 1980 bis 2016 massiv angestiegen: von damals 1040 auf 6380 Tonnen. Ähnlich sieht es beim Kokain aus: 1980 wurden weltweit 159 Tonnen des weißen Pulvers hergestellt, 2015 waren es 1100 Tonnen.⁵

Die Macht der Kartelle

Bislang konnte der Krieg gegen die Drogen die Macht der Kartelle nicht begrenzen – ganz im Gegenteil: Dank ihres immensen Vermögens sind diese beispielsweise in Mexiko auf nahezu allen Staats- und Verwaltungsebenen präsent. Mithilfe von Bestechungsgeldern in Milliardenhöhe beeinflussen sie die Gesetzgebung und die Strafverfolgung in ihrem Sinne. Der ehemalige Sekretär für innere Sicherheit in Mexiko, Genaro García Luna, geht davon aus, dass jährlich eine Mrd. US-Dollar allein für die Bestechung der Kommunalpolizei fließen. Doch auch auf höheren Verwaltungsebenen wird kräftig bestochen: So kam im Jahr 2008 heraus, dass selbst der einst für Drogenpolitik zuständige Polizeichef Noé Ramírez von der Drogenmafia geschmiert wurde, um diese vor Ermittlungen zu warnen – mit 450 000 US-Dollar pro Monat.⁶

Der Einfluss der Drogenorganisationen – nicht nur in Lateinamerika, sondern auch im arabischen Raum, in Südostasien und in Europa – speist sich aus der seit Jahrzehnten ungebrochenen Nachfrage nach Drogen. Den größten Markt für illegale Drogen bildet der Handel mit Cannabis. Auf ihn entfällt in Europa ein Jahresumsatz von 9,3 Mrd. Euro, gefolgt von Heroin mit 6,8 Mrd. Euro und Kokain mit 5,7 Mrd. Euro.⁷

Der Verkauf der unterschiedlichen Drogen hat für die Organisationen einen spezifischen Nutzen. So ist Cannabis eine einfach anzubauende Droge mit geringen Produktionskosten. Deren Verkauf generiert einen stetigen Geldfluss, mit dem laufende Kosten etwa für Bestechung, Transport und Produktion gedeckt werden. Mit dem Verkauf von Heroin, Kokain und Methamphetaminen erzielen die Kartelle hingegen ihre größten Gewinne. Die Absatzmärkte befinden sich dabei hauptsächlich im Westen, während die Produktion von Kokain und Heroin im Wesentlichen auf zwei Gebiete entfällt: Südamerika (Kolumbien, Peru und Bolivien) und Afghanistan.

Die Einnahmen der Kartelle sind enorm. Allein mexikanische Drogenhändler setzen laut einer Schätzung des Think-Tanks RAND Corporation pro Jahr 6,6 Mrd. US-Dollar um. Die Hälfte davon erzielt das Sinaloa-Kartell, das „in seiner Langlebigkeit, Profitabilität und Reichweite als das erfolgreichste kriminelle Unternehmen aller Zeiten“ gilt.⁸ An die Bosse der Drogenkartelle kommen die Strafverfolgungsbehörden zugleich nur äußerst schwer heran.

5 Vgl. UN-Weltdrogenbericht 2017, „A Century Of International Drug Control“, Vereinte Nationen; Opiumgutachten Afghanistan 2016, Vereinte Nationen.

6 Vgl. Patrick Radden Keefe, Cocaine Incorporated, in: „New York Times“, 15.6.2012.

7 Vgl. Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), Europäischer Drogenbericht 2017, Lissabon 2017.

8 Vgl. Patrick Radden Keefe, a.a.O.

Zugriffe erfolgen meist auf der Straße bei Zwischenhändlern und Endkonsumenten. In der Europäischen Union wurden im Jahr 2015 1,5 Mio. Drogendelikte registriert – in mehr als der Hälfte der Fälle ging es dabei lediglich um den Besitz und den Konsum von Cannabis. Allein in Deutschland betraf dies 170 000 Delikte.⁹

Die Polizei im Katz-und-Maus-Spiel

Anstatt das gesellschaftsgefährdende Treiben der Drogenhändler zu unterbinden, verbringt die Polizei ihre Arbeit somit zu einem beträchtlichen Teil mit der Verfolgung von selbstschädigendem Verhalten. Der drogenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Frank Tempel, selbst ehemaliger Kriminalbeamter, fasst die ermüdende Arbeit mit den Worten zusammen: „Wie rechtfertigt man, dass Hunderte von Polizeibeamten diese Anzeigen erst einmal schreiben müssen, dass Hunderte von Polizeibeamten unterwegs sind, um Kontrollen durchzuführen und Wohnungen zu durchsuchen, wenn die Verfahren von der Staatsanwaltschaft dann in der Regel wiedereingestellt werden? Welchen Sinn macht das?“¹⁰ Damit verweist Tempel auf das Vorgehen der Staatsanwaltschaften, die im Falle des Besitzes geringer Mengen von Cannabis für den Eigengebrauch gemäß einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1994 die Möglichkeit haben, von einem Verfahren abzusehen.¹¹ Ein ähnliches Bild zeigt sich in den USA. Der Journalist David Simon und der Ex-Polizist Ed Burns weisen in ihrer Studie „The Corner“ nach, wie die Drogenumschlagsplätze an der Ecke zweier Straßen in der US-amerikanischen Stadt Baltimore durch Polizeikontrollen fast täglich um ein oder zwei Straßenzüge weiterrücken, nur um kurze Zeit später wieder an der ursprünglichen Stelle aufzumachen¹² – ein Katz-und-Maus-Spiel, das die Polizei nicht gewinnen kann.¹³

Einen Beitrag zur Lösung des Drogenproblems leistet die Polizei durch Festnahmen von Konsumenten oder Kleinstdealern nicht. Denn zum einen bringt der Schwarzmarkt stets neue Akteure hervor, wenn Verkäufer ausfallen. Zum anderen gerät durch den Fokus auf Strafverfolgung von Konsumenten und kleinen Händlern ein zentrales Ziel – nämlich der Jugend- und Gesundheitsschutz des Betäubungsmittelgesetzes – aus dem Blick.

Tatsächlich ist ein Rückgang des Drogenkonsums in Europa nicht zu verzeichnen. Vielmehr liegt der Anteil der Cannabiskonsumenten im Alter von

9 Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2016, www.bka.de, 24.4.2017.

10 Vgl. Deutscher Bundestag, Rede zur ersten Beratung des Cannabiskontrollgesetzes, Plenarprotokoll 18/95.

11 Bundesweit einheitliche Grenzwerte, die eine „geringe Menge“ definieren, gibt es nicht, da jedes Bundesland diese selbst festlegt.

12 David Simon und Ed Burns, *The Corner. A Year in the Life of an Inner-City Neighborhood*, Broadway Books 1997.

13 Ein ähnliches Bild zeigt sich in Italien: Der Journalist Roberto Saviano berichtet in seinem Buch über die Mafiaorganisation Camorra, „Gomorra“, von einem Freiluftdrogenmarkt in Neapel, den die Polizei nicht eindämmen kann. „Für jeden Ticker der verhaftet wird, rückt ein anderer nach. Das Geschäft läuft weiter, selbst in schwierigen Zeiten“, so Saviano. Vgl. Roberto Saviano, *Gomorra, Italy's Other Mafia*, London 2011.

15 bis 34 Jahren seit den 1990er Jahren konstant bei rund 15 Prozent – trotz klarer Verbote in den meisten Ländern.¹⁴ Vor allem aber zeigt sich, dass die Prohibition keinen eindeutigen Einfluss auf das Konsumverhalten hat: Schätzungsweise konsumierten 13,9 Prozent der jungen Erwachsenen im vergangenen Jahr in Europa Cannabis.¹⁵ In den liberalen Niederlanden, wo Cannabis weitgehend legal ist, lag der Schnitt mit 15,6 Prozent nur geringfügig darüber. Zugleich konsumierten in Portugal, wo der Konsum aller Drogen 2001 entkriminalisiert wurde, nur 5,1 Prozent der jungen Erwachsenen Cannabis. In Frankreich hingegen hatten rund 22 Prozent der jungen Erwachsenen Cannabis im vergangenen Jahr wenigstens einmal konsumiert – trotz des bestehenden Verbotes. Ähnliche Zahlenverhältnisse findet man beim Kokainkonsum: Im vergangenen Jahr lag dieser in Portugal bei 0,4 Prozent aller jungen Erwachsenen, deutlich niedriger als beispielsweise in England und Wales, wo strenge Verbote gelten; hier liegt der Wert bei vier Prozent.

Diese Diskrepanzen weisen nicht nur auf die weitgehende Wirkungslosigkeit von Verboten hin, sondern auch auf komplexe Ursachenzusammenhänge für Drogenkonsum. Verschiedene Wissenschaftler vertreten die These, dass Sucht auch ein Resultat aus dem Zusammenspiel sozioökonomischer und psychischer Faktoren ist – ganz unabhängig vom konkreten Suchtmittel. Drogenkonsum ist demnach vor allem ein Substitut für existenzielle Grundbedürfnisse, wie einen festen Freundeskreis oder eine gesicherte ökonomische Existenz. Sind diese Bedürfnisse nicht erfüllt, bietet der Rausch einen vermeintlichen Ausweg.¹⁶

Legalisierung und Entkriminalisierung

Gerade diese Erkenntnisse aber sprechen dafür, dass die Politik eine Alternative zur wirkungslosen Verbotspolitik wählen muss. Diese könnte in der weitgehenden Entkriminalisierung bzw. Legalisierung von Drogen liegen. Bislang hat die Unterscheidung von harten und weichen Drogen lediglich dazu geführt, dass Legalisierungsversuche auf Cannabis beschränkt bleiben.¹⁷ Andere Substanzen werden in der öffentlichen Diskussion nach wie vor verurteilt, obwohl wissenschaftliche Untersuchungen dem widersprechen.

So veröffentlichte ein Forscherteam um den Neuropsychopharmakologen David Nutt im Jahr 2010 eine Studie, die Drogen nach ihrem Schädigungspotential für Konsumenten und ihr Umfeld einteilt.¹⁸ Drogen gelten als schädlich, wenn sie die Gesundheit des Konsumenten psychisch oder physisch angreifen, sie Sucht auslösen oder bei Überdosen zum Tode führen. Das

14 In Nordamerika nimmt der Cannabis- wie auch der Heroinkonsum laut dem aktuellen Weltrogenbericht der Vereinten Nationen sogar zu. Vgl. Weltweiter Drogenhandel blüht, tagesschau.de, 22.6.2017.

15 Alle Zahlen, wenn nicht anders angegeben: Vgl. Europäischer Drogenbericht 2016, a.a.O.

16 Johann Hari, *Chasing The Scream*, New York, 2015.

17 In Deutschland zählen zu den harten Drogen u.a. Kokain, Heroin, Ecstasy und Methamphetamine, Cannabis wird als weiche Droge eingestuft.

18 Vgl. Drug harms in the UK: a multicriteria decision analysis, David Nutt et al, in: „The Lancet“, 2010, S. 1558-1565.

gesellschaftliche Umfeld leidet dabei ebenfalls, weil Drogen Gewalt auslösen, Embryos gesundheitlich beeinträchtigen können, hohe Kosten für das Gesundheitssystem verursachen und die natürliche Umwelt zerstören. Demnach ist Alkohol in der Gesamtwertung die schädlichste aller 20 untersuchten Drogen, gefolgt von Heroin, Crack und Methamphetaminen. Cannabis bringt laut der Studie das achthöchste Schädigungspotential mit sich und belegt damit einen Platz hinter den Amphetaminen, Ecstasy nimmt den 16. Platz ein.

Berücksichtigt man das tatsächliche Schädigungspotential von Drogen, müsste demnach auch der Alkoholkonsum verboten oder zumindest stärker reguliert werden.¹⁹ Zugleich stellt sich die Frage, ob nicht ein sinnvollerer Umgang mit Drogen jenseits von Verboten gefunden werden kann. Denn konsumiert wird ohnehin – und zwar in allen gesellschaftlichen Schichten. Dieser Drogenkonsum soll nicht verharmlost, sondern vielmehr von seiner Rechtswidrigkeit entbunden werden, um ihn besser regulieren zu können – und um einen verantwortungsvolleren Umgang mit Drogen zu fördern.

Eine glaubwürdige Drogenpolitik muss anerkennen, dass alle gesellschaftlichen Schichten Drogen konsumieren, und sie muss ihre Ressourcen in effektive Prävention, nachhaltige Suchtbehandlung und wissenschaftlich fundierte Aufklärung investieren. Damit gewönne die Drogenpolitik innere Kohärenz und argumentative Schlagkraft zurück, die der Verbotspolitik schon lange fehlt.

Staat oder Markt: Zwei Wege der Legalisierung

Da Cannabis vergleichsweise unschädlich ist, es sich dabei zugleich aber um jene illegale Droge handelt, die am meisten konsumiert wird, nimmt es in der öffentlichen Debatte um eine Legalisierung einen zentralen Stellenwert ein. Tatsächlich ist in vielen Ländern bereits ein Umdenken erfolgt. So haben neben Uruguay auch die US-Bundesstaaten Colorado, Oregon, Alaska, Washington D.C., Kalifornien, Florida, Arkansas, North Dakota, Nevada, Massachussets und Maine sowie Kanada, die Niederlande, Portugal und andere europäische Staaten eine Liberalisierung vorangetrieben.

Die jeweiligen Bundesstaaten und Länder schlagen dabei dezidiert unterschiedliche Wege ein: Die Legalisierung in den Vereinigten Staaten wird über den freien Markt organisiert, in Uruguay stehen hingegen verschiedene Beschaffungsoptionen offen: Erwachsene dürfen bis zu sechs Cannabispflanzen für den Eigengebrauch züchten. Dafür ist, wie für den Erwerb von Marihuana in Apotheken, eine Registrierung bei staatlichen Stellen notwendig. Zudem gibt es sogenannte *Cannabis Social Clubs* (CSC)²⁰ – die nicht-kommerziellen Vereine erheben einen geringen Mitgliedsbeitrag und geben die Droge aus selbst gezüchteten Pflanzen an ihre Mitglieder ab.

19 Für den Konsumenten gilt Crack als am schädlichsten, dahinter folgen Heroin, Methamphetamine und Alkohol. Das Umfeld leidet am meisten unter den Folgen von Alkoholkonsum, noch vor dem Konsum von Heroin, Crack und Tabak.

20 CSC werden auch in Europa in Spanien, Belgien, den Niederlanden und Slowenien betrieben.

In den genannten US-Bundesstaaten können Erwachsene Cannabis vor allem in entsprechenden Geschäften kaufen. Häufig werden dafür die Abgabestellen für medizinisches Cannabis genutzt, die bereits seit Mitte der 1990er Jahre Erfahrungen mit der kontrollierten Abgabe von Cannabisprodukten gemacht haben. Für den Verkauf, der allein in Washington und Colorado einen Gesamtumsatz von mehr als einer Milliarde US-Dollar erzielt, müssen die Verkäufer insgesamt Steuern in zweistelliger Millionenhöhe abführen. 2016 nahm der Bundesstaat Oregon auf diese Weise zusätzlich 44 Mio. Dollar ein. Die Gelder werden nach einem festgelegten Schlüssel für die Finanzierung von Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Drogenprävention und der Polizei verwendet. In Colorado, das 2014 Vorreiter der Cannabislegalisierung war, nutzen die Kommunen ihre Einnahmen ebenfalls zur Finanzierung des Straßen- und Schulausbaus, der Polizei und der Obdachlosenbetreuung sowie für Präventionsprogramme.

Sowohl privatwirtschaftliche als auch staatliche Legalisierungsansätze haben somit gemein, dass sie den existierenden Konsum unter eine Regulierung stellen, die finanziell von Vorteil für den Staat und von Nachteil für den Schwarzmarkt ist. Konsumenten können zudem darauf vertrauen, keine „gestreckten“ Substanzen zu kaufen und angemessene Preise zu zahlen. Der Staat kann eigenständig entscheiden, wie er die zusätzlichen Steuereinnahmen einsetzt.

Selbst wenn es nicht zu einer umfassenden Legalisierung illegaler Drogen kommt, lassen sich bereits mit weniger radikalen Schritten erhebliche Fortschritte auf dem Weg hin zu einer sinnvolleren Drogenpolitik erzielen – das zeigt nicht zuletzt das Beispiel Portugal. Drogenbesitz gilt dort seit 2001 bis zu einer je nach Substanz variierenden Menge als Ordnungswidrigkeit. Geahndet wird sie mit einem Termin bei einer aus Psychologen, Juristen und Sozialarbeitern zusammengesetzten Kommission. Wer mehr als die erlaubte Höchstmenge besitzt, wird nach wie vor strafrechtlich verfolgt. Dieses Vorgehen normalisiert Drogenkonsum, ohne ihn zu verharmlosen und sorgt zugleich dafür, dass Konsumenten nicht in die Kriminalität gedrängt werden.

Hierzulande sind wir noch weit von solchen Lösungsansätzen entfernt. Zwar gründete sich 2015 ein deutscher Ableger des Vereins *LEAP* – der „Strafverfolger gegen Prohibition“.²¹ Er fordert ebenso wie der „Schildower Kreis“, dem insgesamt 122 Strafrechtsprofessorinnen und -professoren aus ganz Deutschland angehören, die Entkriminalisierung von Drogen. Beide Initiativen kritisieren, dass die Prohibition die Konsumenten schädige und damit gegen das Grundgesetz verstoße. Auch die Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin nimmt diese Position ein.

Doch ungeachtet des wachsenden Rückhalts in der Gesellschaft scheiterte der Entwurf des Cannabiskontrollgesetzes, den die Grünen im März 2015 in den Bundestag einbrachten. Dieser sah vor, dass alle Erwachsenen bis zu 30 Gramm pro Monat in staatlich lizenzierten Cannabisfachgeschäften erwerben bzw. drei Pflanzen privat züchten dürfen. Jeder Schritt der Produktionskette,

21 Law Enforcement Against Prohibition fordert ein Ende der Prohibition, www.leap-deutschland.de.

vom Anbau bis zum Verkauf, sollte besteuert werden, woraus sich staatliche Mehreinnahmen in Höhe von 2 Mrd. Euro ergeben hätten – bei gleichzeitigen Einsparungen in der Strafverfolgung in Höhe von 1,8 Mrd. Euro.

Aufklärung statt Krieg

Doch die Politik darf an dieser Stelle nicht stehen bleiben. Unterstunden Drogen nicht dem Strafrecht, sondern dem Gesundheitsrecht, kämen Präventionsprojekte viel stärker zum Tragen. Insbesondere jenen, die unter ihrer Sucht leiden, könnte besser geholfen werden, wenn das Strafrecht sie nicht mehr bedroht. Für eine sinnvolle Umsetzung einer umfassenden Legalisierung sollten wir die Erfahrungen aus Uruguay, Portugal und anderen Ländern nutzen. Internationale Organisation wie die „Globale Kommission für Drogenpolitik“, die seit 2011 ein Ende der weltweiten Prohibition fordert, könnten ebenfalls ihr Expertenwissen einbringen und bei Gesetzgebungsverfahren beraten.

Vor allem aber würde die Legalisierung von Drogen in den USA und Europa finanzielle Einbußen für den Schwarzmarkt bedeuten. Denn jedes illegal verkaufte Gramm Kokain, Cannabis oder Amphetamin spült Geld in die Kassen der Drogenkartelle und befördert damit den brutal geführten Drogenkrieg. Eine Legalisierung ist notwendige Bedingung, um diesen Krieg langfristig zu beenden. Zwar bilden Drogen nur einen Teil des Produktportfolios der Kartelle, das von Waffenhandel bis Menschenhandel und Rotlichtgeschäften über Erpressung und Entführung reicht. Ihre Legalisierung allein könnte den südamerikanischen Brandherd daher nicht vollständig löschen. Doch immerhin wäre sie ein erster Schritt im Kampf gegen die Drogenmafia: So würden zumindest Teile des Schwarzmarkts zerstört und die Absätze der Händler deutlich einbrechen.

Bereits heute ist in den USA der wachsende Umsatz aus dem staatlich kontrollierten Cannabisgeschäft ein Indikator für die Verluste, die die Drogenorganisationen aus Lateinamerika machen. Seitdem etliche US-Staaten die Legalisierung von Cannabis beschlossen haben, ist deren Anteil am US-amerikanischen Markt noch weiter gesunken.²² In diesem Jahr könnte der Absatzmarkt Kanada verloren gehen, wo Premierminister Justin Trudeau ebenfalls plant, Cannabis zu legalisieren.

Die Legalisierung von Cannabis ist also ein erster, wichtiger Schritt, um dem Treiben der Kartelle ein Ende zu bereiten. Er sollte von der Legalisierung bzw. Entkriminalisierung weiterer illegaler Substanzen begleitet werden. Nur so lässt sich die Macht der Drogenmafia nachhaltig schwächen.

Klar ist bei alledem auch: Die politischen und gesellschaftlichen Akteure müssen global gemeinsam handeln, um endlich den historischen Schritt weg von der Verbotspolitik zu machen. Andernfalls droht – ungeachtet einzelner Experimente wie in Uruguay – die Macht der Kartelle weiter anzuwachsen.

22 Seit 2014 ist bereits ein Schmuggelrückgang von über 20 Prozent an der mexikanisch-amerikanischen Grenze zu verzeichnen. Vgl. Drug Enforcement Agency, 2015 Drug Threat Assessment Summary.